

# European Left / Transform: Schuldenkonferenz

## Brüssel, 10. April 2014

**Gabi Zimmer**, Vorsitzende der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament

1.

Die Schulden-Problematik, die die EU seit etwa 2010 plagt, ist neu und nicht neu.

Sie ist neu als EU eigenes Problem, aber nicht als globales.

Auch die Methoden des Umgangs mit den Schuldnerländern sind nicht wirklich neu.

Die Problematik von armen Entwicklungsländern ist zumindest uns bekannt.

So wird das Europaparlament am 16. April über einen neuen Kredit in Höhe von 300 Millionen EUR für Tunesien entscheiden.

Zu Recht machen Kritiker darauf aufmerksam, dass dieser erneute Kredit Tunesiens Schuldenlast weiter hochtreibt.

Sie fordern stattdessen einen Schuldenerlass sowie finanzielle Hilfen und Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen.

Die mit dem Kredit verbundenen Bedingungen für Strukturreformen gehen eindeutig zu Lasten der Mehrheiten der Bevölkerung.

An dieser Stelle wird auch die entscheidende Frage deutlich:

**das Machtverhältnis des stärkeren Gläubigers gegenüber dem schwächeren Schuldner.**

Hier ist der Konflikt und hier ist die Herausforderung für uns: die Kräfteverhältnisse zu verändern!

Insgesamt haben die Herrschenden mit ihrem „Krisenmanagement“ ihre Position gestärkt und dafür insbesondere die Schuldenproblematik ausgenutzt.

In dieser Auseinandersetzung sind wir als Linke in der EU, als Europäische Linke gefordert, immer an der Seite der in unseren Gesellschaften und global Schwächsten zu stehen.

2. Eben weil es um die Veränderung von Kräfteverhältnissen geht, ist mir das Schuldenaudit so wichtig.

Wir arbeiten seit langem in unserer Fraktion mit Internationalen Netzwerken, die sich für Schuldenstreichungen und Schuldenaudits einsetzen zusammen. Deshalb kennen wir auch die Forderungen internationaler Netzwerke wie dem **International Citizen Debt Audit Network (ICAN)** oder **CADTM** gut und unterstützen diese.

Das Schuldenaudit ist seit Jahren ein Schwerpunkt in den Dokumenten von SYRIZA.

Und als Linke in der EU haben wir alle die besondere politische Verpflichtung, aktiv solidarisch mit SYRIZA zu sein.

Angesichts der regelrecht bösartigen und diffamierenden Reaktionen von Konservativen in Deutschland auf SYRIZA und auf Alexis Tsipras vor allem wegen ihrer Positionen zur Schuldenfrage, zeigt sich, dass

unsere griechischen Genossen einen zentralen Punkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung getroffen haben (Nichteinladung zu Debatten der Spitzenkandidaten durch die Öffentlich-Rechtlichen / "Hand abhacken" CSu-Abgeordnete..).

3.

Wir sind uns einig, nicht nur die Streichung von Schulden an sich zu fordern. Wir sollten nicht in diese populistische Falle tapen.

Wir brauchen **Strategien, wie konkret soziale, ökologische und globale Probleme gelöst werden können und in welchem Zusammenhang konkrete Schuldenschnitte dabei stehen, wie neue Schuldenfallen umgangen werden können.**

Es ist richtig, gegen die Troika und die Herrschenden wie Regierenden in Deutschland zu mobilisieren.

Ebenso wichtig ist es, das aus einer radikalen kapitalismuskritischen Perspektive zu tun.

Wir müssen gleichzeitig die Frage stellen, wie die politischen Kräfteverhältnisse so verändert werden können, dass schrittweise sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungen möglich werden. (Yannis Milios unterstützen!)

Das ist mehr als lediglich zu fordern, dass die Austeritätspolitik weg muss.

Dass die weg muss, das sagen inzwischen auch die Sozialdemokraten.

Wir haben genug Grund, daran zu zweifeln.

Dennoch sollten wir weiter gehen.

4.

es geht um die Verbindung unseres Kampfes um **demokratische, soziale – insbesondere armutsfeste soziale Mindestsicherungen** – und ökologische Standards, um den **Erhalt und die Demokratisierung des Öffentlichen, vor allem der öffentlichen Finanzen** und um aktive **Lokal- und Regionalentwicklung**.

Aus meiner Sicht sind die Schuldenaudite eine Chance, Menschen zu mobilisieren, die Dämonisierung von Schulden aufzubrechen und die gesellschaftliche Lähmung, die oftmals mit der Verschuldung verbunden ist, zu überwinden.

Die Auseinandersetzung mit den Schulden - und dafür ist das Schuldenaudit ein wichtiges Instrument - hilft uns, gegen neue Privatisierungen des Öffentlichen zu mobilisieren – insbesondere der sozialen Sicherungssysteme – neue wirtschaftliche und militärische Megaprojekte, neue Projekte für Repression und Überwachung, für Freihandel, Deregulierung und Schutz der Finanzkrisenverursacher zu verhindern.

Ich begrüße es deshalb, dass zunehmend mehr Forderungen aufgemacht werden, Schuldenaudite auch in den Kommunen und Regionen zu thematisieren.

In Frankreich und Spanien gibt es solche Initiativen, sogar eine entsprechende Software wurde in Spanien bereits entwickelt.

In Deutschland ruft Attac zum Schuldenaudit in den Kommunen

auf, um der Finanznot in Regionen und Kommunen Deutschlands zu begegnen.

Für den Herbst lädt Attac zu einer Kommunalkonferenz ein.

Die Herrschenden nutzen die Finanz-, Währungs- und Schuldenkrisen, aber auch die Ressourcen- und Klimakrisen, um Privatisierungs- und Finanzialisierungsprozesse anzupfeilschen.

Diese Entwicklungen führen zu mehr sozialer Ausgrenzung und Vereinzelung sowie sozialen Spaltungen.

Aber auch die alternativen Gegenkräfte werden geschwächt, wenn es den Herrschenden gelingt, ihre Konzepte durchzusetzen.

Positiv gesagt: Es kommt darauf an, Aktivitäten für Selbstbestimmung und Solidarität mit den Schwächeren, für Aneignung (appropriation) /Rückgewinnung und Demokratisierung des Öffentlichen zu initiieren.

Es geht um das Recht auf Wasser und Energie, Wohnen, Mobilität, Ernährung, Gesundheitsversorgung, das Reproduktions- und Freizeitverhalten und damit auch um den Komplex von Arbeitsinhalten, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen.

Wir wollen dabei selbstverständlich konkrete Schulden einfrieren bzw. ganz streichen, überakkumuliertes Geldkapital zuungunsten der größten Vermögen vernichten und Menschen mit geringen und mittleren Einkommen schützen.

Wir müssen zugleich gegen die Spekulation mit Lebensmitteln, Naturressourcen, Währungen und Schulden vorgehen.

5. Schuldenaudite und Schuldenstreichen sind aus meiner Sicht Teil weitergehender Strategien.

Natürlich ist die Euro-Krise keine „einfache“ Staatsschuldenkrise, sondern eine Krise der staatlichen Anschlussfinanzierung.

Die mit dem eingangs genannten Machtverhältnissen zwischen Gläubiger und Schuldner zu tun hat.

Und natürlich verlangt sie

- eine Reform der Währungsunion
- Grundlegende Neuordnung des Finanz- und Bankensystems
- Reformen in einzelnen Ländern,

die gerechte, sozial und ökologisch nachhaltige Lösungen ermöglichen. Die bisherigen Vorschläge zur Bankenunion, dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus und dem Bankenrettungsfonds sind in sich widersprüchlich, heben sich in ihren Wirkungen fast wieder auf.

Das Problem der Zombiebanken, die zu groß sind, um fallengelassen zu werden (too big to fail), besteht nach wie vor.

Weder ist garantiert, dass die Schulden nicht wieder sozialisiert und die Steuerzahler nicht zur Kasse gebeten werden.

Noch ist gewährleistet, dass die Ton angebenden MS sich nicht schützend vor ihre Banken stellen und deren Abwicklung nicht verhindern.

Das wird zwangsläufig dazu führen, dass Spaltungen in der EU weiter vorangetrieben werden.

Natürlich braucht die Eurozone neue Instrumente:

### **EZB-Notkredite und Euro-Bonds.**

Die werden aber nicht automatisch sozial und ökologisch nachhaltig, zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung, von klimaschädigenden Emissionen und dem Schwund der Biodiversität eingesetzt.

Dafür müssen wir Sorge tragen!

Aus dem Grund brauchen wir wiederum eine starke und noch stärkere Fraktion der GUE/NGL im Europaparlament.

Wir können sehr wohl in den Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission Einfluss darauf nehmen!

Natürlich werden die Schulden heute dämonisiert und instrumentalisiert. Stichworte: deutsche Schuldenbremse, europäischer Fiskalpakt, um Marktradikalismus zu befördern und Sozialleistungen zu senken.

Deshalb greife ich an dieser Stelle Vorschläge **aus der internationalen Debatte zu den Staatsschulden in der Euro-Krise auf:**

- Die Staatsverschuldung muss weg von der Willkür der privaten Kapitalmärkte, daher

- o krisenbezogen kurzfristig Zugang der Krisenstaaten zu EZB-Krediten,

- ggf. durch Europäische Bank für öffentliche Anleihen

- o mittel- und langfristig durch Vergemeinschaftung der Schulden über Euro-Bonds

- Wo dann trotzdem noch ein objektives Überschuldungsproblem bleibt, kommen zwei Möglichkeiten in Frage

- o ein faires und transparentes **Staateninsolvenzverfahren** (ein Staat sollte ebenso wie eine Privatperson das Anrecht auf ein Existenzminimum haben, das die Gläubiger nicht antasten dürfen, um Aufgaben wie die Sicherung der öffentlichen Ordnung, der sozialen und ökologischen Mindeststandards zu erfüllen)

- o ein **Altschuldentilgungsfonds** (Ausgleichsunion), der die überschuldeten Krisenländer entlastet,

- o in beiden Fällen ist gleichzeitig für eine bezahlbare Follow-up-

- Finanzierung der verbleibenden Staatsschulden über Mix EZB/Euro-Bonds zu sorgen.**

Aber **nicht als Selbstzweck**, sondern in eine Strategie eingebettet, die auf die Veränderung gesellschaftspolitischer Kräfteverhältnisse und die Einleitung einer gesellschaftlichen Entwicklung zielt, die andere Ziele verfolgt und in einer anderen Art und Weise verläuft.

Für die Herstellung derartiger Bedingungen kommt den **Schuldenauditen** auf den verschiedenen Ebenen sehr wohl eine **Schlüsselrolle** zu.